

auf neue Weise wiederherzustellen, das heißt, das Bündnis der westdeutschen Bundesrepublik mit Frankreich, Spanien, Italien und den Benelux-Staaten unter der Führung des deutschen Monopolkapitals und der Montan-Union zu schmieden. Diese Politik der Versteinigung der Spaltung Deutschlands, wie sie die Adenauer-Regierung betreibt, hindert sie jedoch nicht, mit der Frage der Einheit Deutschlands weiter ihr Spiel zu treiben. Zum Beispiel lieben es Bonner Minister, bei der Sowjetregierung Beschwerden über Maßnahmen der Regierung der DDR zu erheben. Wir begrüßen ein solches Vertrauen zur Sowjetregierung. (Heiterkeit.) Es wäre jedoch nützlich, wenn sich die Bonner Regierung an die Regierung unserer souveränen Deutschen Demokratischen Republik wenden würde, damit über solche Probleme gemeinsame Verhandlungen stattfinden können.

**Die Normalisierung der Beziehungen
zwischen den beiden bestehenden deutschen Staaten
ist die Grundbedingung für die Wiedervereinigung**

Im Referat auf der 30. Tagung des Zentralkomitees wurde der einzig reale Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands begründet. Das Zentralkomitee der SED hat allen Parteien und dem ganzen deutschen Volke vorgeschlagen, sich einzusetzen *für die Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten*. Dieser Vorschlag entspricht den friedlichen und demokratischen Interessen unseres Volkes, denn er geht aus von der Verständigung über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, der Vereinbarung über die Verminderung der militärischen Kräfte in Deutschland und der Vereinbarung gemeinsamer Vorschläge über den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland und den anderen Ländern Europas. Da die Entspannung der internationalen Lage und der Verzicht Westdeutschlands auf Stationierung von Atomwaffen und Raketen - gleichgültig, in wessen Verfügungsgewalt sie sich befinden - die Voraussetzung für die Verständigung der beiden deutschen Staaten und für die Bildung einer Konföderation ist, deshalb sind wir Deutschen besonders am Zustandekommen einer Gipfelkonferenz und an einer Verständigung über die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Herbeiführung eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO interessiert.